



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Missbrauch der EU-Freizügigkeit verhindern – Rechte der Ausländerbehörden stärken

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 26.08.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte. Aus einst verfeindeten Staaten wurden Partner, Freunde, Verbündete. Die Europäische Idee steht unverändert für die Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand.

Eine der größten Errungenschaften ist der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen. Reisen ohne Zoll und Grenzkontrollen; Leben und Arbeiten dort, wo man Arbeit findet oder finden will. Diese Freiheit ist nicht selbstverständlich. Diese Freiheit musste hart erkämpft und sie muss heute verteidigt werden.

Die Corona-Krise zeigt deutlich, wie brüchig diese Freiheit sein kann. Während der Verkehr von Waren und Dienstleistungen noch möglich war, haben wir erlebt, wie die Freizügigkeit von Personen massiv eingeschränkt wurde. Uns allen war und ist aber bewusst, dass dies nur für diese Ausnahmesituation gelten konnte. Wir haben auch erlebt, dass unsere Wirtschaft – zumindest einige Branchen – auf Beschäftigte aus anderen EU-Mitgliedstaaten angewiesen ist. Ohne Migration – europäisch und außereuropäisch – würden wir einen Wohlstandsverlust erleben. Diesen „Mut zur Wahrheit“ haben die Antragsteller nicht.

Für uns Liberale gehören zur Freiheit auch immer Verantwortung und ein gewisser Ordnungsrahmen, der für ein faires Miteinander sorgt. Wer diese Verantwortung von sich weist, wer den Ordnungsrahmen verlässt, der muss mit einer Einschränkung seiner Freiheiten rechnen.

Dies gilt für uns für jede Art von Missbrauch und Betrug – nicht nur für diejenigen, die unser Sozialsystem ausnutzen, sondern auch für diejenigen, die zum Beispiel das komplizierte Mehrwertsteuerrecht in der EU ausnutzen und sich Steuern erstatten lassen ohne selbst Umsatzsteuer gezahlt zu haben.

Kriminelle, die den Staat – und damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger – um Steuergeld erleichtern, müssen Konsequenzen spüren. Und da handelt unsere Landesregierung auch wie beim Vorgehen gegen Clankriminalität und bei der systematischen Bekämpfung des organisierten Missbrauchs von Sozialleistungen. Da sind wir so konsequent, wie keine andere Regierung zuvor. So haben wir ein Konzept erarbeitet, nach dem Polizei, kommunale Behörden und Familienkassen bei der Identifizierung von missbräuchlichem Bezug von Kindergeld zusammenarbeiten. Dafür bin ich unserer Landesregierung und unserem Innenminister sehr dankbar.

Die Antragsteller zeichnen jedoch lieber das Bild vom grundsätzlich betrügerischen Ausländer, der nur der Sozialleistungen wegen nach Deutschland kommt. Der, wenn er arbeitslos wird, schnellstmöglich verschwinden soll. Der aber dafür gut genug ist, dass die alternativen Kolleginnen und Kollegen morgens ihre Wurst auf dem Brot haben.

Wir müssen aber nicht nur Kriminalität bekämpfen, sondern uns auch um Probleme bei der Integration kümmern. Dazu werden die besonders betroffenen Kommunen vom Integrationsministerium mit fünf Millionen Euro im Jahr gezielt im Hinblick auf Menschen aus Südosteuropa unterstützt. Zudem werden Informationsveranstaltungen etwa zur Bekämpfung von prekären Wohnverhältnissen, zur Antidiskriminierung und zur EU-Freizügigkeit angeboten.

Wir müssen einerseits Kriminellen das Handwerk legen, andererseits den Menschen bei der Integration helfen, die auch künftig bei uns arbeiten und leben werden. Für ausländerrechtliche Fragen haben wir gut arbeitende Ausländerbehörden.

Vielen Dank!